Sonnabend, 18. Januar 1947

Jahrgang 1 Nr. 3

DER SPIEGEL

DEUTSCHLAND

Hinter verschlossenen Türen

SPD zwischen den Zonen

Aus dem Osten wehen Gerüchtfetzen herüber, die von einem baldigen Umschwenken der russischen Besatzungspolitik zugunsten der Sozialdemokratie wissen wollen (da sich die SED in Deutschland unmöglich gemacht habe). Gleichzeitig wurde amtlich bekannt, daß die Reparationen in der Ostzone auf Grund von Verhandlungen mit den Führern der SED gestoppt seien und daß die Russen die Kapazität des Industrieplans um das Zwei- bis Dreifache erhöhen wollen.

Aus dem Westen kommen unklare Nachrichten über sofortige „Entkartellisierung" und nicht-sofortige Sozialisierung in der britischen Zone. (Der im Auftrag der Militär-Regierung aufgestellte „Dinkelbach-plan" des Herrn Dinkelbach, früheren Direktors im deutschen Stahltrust, spielt da mit hinein.)

Während also die Grundlagen der augenblicklichen Parteien-Konstellation in Deutschland durchaus nicht so fest gegründet scheinen, wie man sie zu sehen sich gewöhnt hatte, hielt die SPD im Verlauf einer Woche zwei überzonale Konferenzen ab.

Am Vortage der Wirtschaftskonferenz zwischen Vertretern der amerikanischen und britischen Zone in Minden kamen Mittwoch sechs Wirtschaftsminister beim Parteivorstand in Hannover zusammen: Erik Nölting (Nordrhein-Westfalen), Koch (Hessen), Borgner (Hamburg), Wolters (Bremen), Veit (Württemberg-Baden) und Kubel (Niedersachsen).

Zwei fehlten, Baumgartner (Bayern) und Diekmann (Schleswig-Holstein). Die Sitzung war geheim; aber sie war ein sinnfälliger Beweis für die geschickte SPD-Planung, die es verstanden hatte, sämtliche Wirtschaftsministerposten in den „Vereinigten Besatzungsgebieten" zu besetzen. Im Hinblick auf die bislang verzögerte Sozialisierung glaubt man im Parteigebäude an der Odeonstraße, daß sich das Bündnis zwischen England und Frankreich günstig auswirken werde.

Eine interne Vorstandssitzung hatte vorher in München stattgefunden, ebenfalls hinter verschlossenen Türen, in einem Wirtshaus an der äußersten Peripherie der Isarstadt, das allerdings nicht „Zum bayerischen Löwen" hieß.

Zur Ueberraschung aller gelang es einem gewitzten Reporter, unter raffinierter Tarnung die dreifache Absperrung zu durchbrechen. Er kam gerade recht, um Schumachers Worte zu hören: „Genossen, wenn Sie auch in Palästen wohnen und auf Ministersesseln sitzen, vergessen Sie nie, daß Sie der Sozialdemokratischen Partei angehören und ihr verpflichtet sind." Wilhelm Hoegner, der in München luxuriöse Amtsräume hatte und noch hat, trug bei dieser Mahnung seines ersten Vorsitzenden sein berühmtes maliziöses Staatsanwaltslächeln zur Schau.

Die SPD-Führung stellte in einer Resolution fest, nur die Rücksicht auf die gegenwärtigen internationalen Verhandlungen hielten die Partei davon zurück, zentral für alle Länder die letzten Konsequenzen zu ziehen. Der Parteitag der SPD wird im Juni in Nürnberg stattfinden. Die Partei ist der Ansicht, daß Nürnberg immer eine Hochburg des Sozialismus gewesen sei und daß kein Grund bestehe, der Welt nicht auch einmal das sozialistische Gesicht der ehemaligen Stadt der Reichsparteitage zu zeigen.

Die Anfahrt der Prominenten zur sonntäglichen Kundgebung im Zirkus Krone wurde zu einer Triumphfahrt Dr. Schumachers. Die überaus eleganten Sechssitzer, in denen man fuhr, die begeistert jubelnde Menge, die in fünf Reihen Spalier stand, kamen dem lange entwöhnten Bedürfnis der Münchener nach festlichen Auffahrten, nach „Hoch" und „Hurra" sehr entgegen.

Auf der Kundgebung selbst fand Schumacher Worte, wie sie für München neu waren. Das deutsche Volk habe sich zwar mit dem Dritten Reich besudelt; aber es sei auch kein Ruhmesblatt für die humanitären Kräfte in der Welt, daß sie geschwiegen hätten, als Millionen von Deutschen aus ihrer Heimat nach Westdeutschland hineingetrieben wurden. Schumachers Forderungen für Deutschland, erhoben im Namen der Gerechtigkeit und zur Bekämpfung eines neuen Nazismus, fanden den stürmischen Beifall auch der rechtsstehenden Bayern.

Dann versicherte Bayerns stellvertretender Ministerpräsident Dr. Hoegner, daß die Partei sich in ihren großen Zielen einig sei. Es müsse wieder ein deutscher Bundesstaat erstehen. Persönliche Differenzen zwischen ihm und Schumacher beständen nicht, sachliche Meinungsverschiedenheiten habe es innerhalb der SPD immer gegeben. Sie seien aus der „verschiedenen Struktur" der deutschen Länder zu erklären.



Sir Sholto lächelt
„Die Amerikaner waren nicht einverstanden"

Mr. Hynd war wieder da

Fragen in Hannover

John Hynd, dem die undankbare Aufgabe zufällt, die Entschlüsse der britischen Regierung hinsichtlich der Verwaltung der britischen Zone in die Tat umzusetzen, stattete der britischen Zone wieder einen seiner periodischen Besuche ab.

In Hannover konferierte er am Mittwoch mit dem Oberbefehlshaber Sir Sholto Douglas, dessen Stellvertreter General Sir Brian Robertson und den vier Zivilgouverneuren für Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Hamburg und Niedersachsen. Die Reutermeldung, daß Hynds Besuch dazu dienen solle, Entnazifizierung, Entmilitarisierung und Demokratisierung der britischen Zone im Hinblick auf die Moskauer Konferenz der vier Außenminister zu überprüfen, wurde von ihm selbst in Braunschweig dementiert. „Ich weiß noch nicht, ob ich nach Moskau gehe", erklärte er dem „Spiegel"-Reporter Claus Brawandt nach Schluß der Konferenz. Das sonst ziemlich allgemein gehaltene Kommuniqué erwähnt ausdrücklich die von den Konferenzteilnehmern getroffene Feststellung, daß im letzten Vierteljahr mehr Wohnraum freigegeben als beschlagnahmt wurde. Man vermutet, daß der politische Druck in London Mr. Hynd dazu bewog, von den Militärs eine stärkere Freigabe von Wohnraum zu verlangen.

Der 44jährige Minister, der keinen Kabinettsrang hat und der lediglich den ministeriellen Titel „Kanzler des Herzogtums Lancaster" führt, ist dafür bekannt, daß er keinen großen Ehrgeiz hat, Interviews und Pressekonferenzen zu veranstalten. Um so erstaunter waren die hannoverschen Reporter, als sie am Dienstag Gelegenheit erhielten, den Besuch zu sprechen. Einer von ihnen war schon in der Küche des niedersächsischen Zivilgouverneurs, General Sir Gordon McReady, bei dem Mr. Hynd abgestiegen war, angetroffen worden. Der Zivilgouverneur läßt sich von deutscher Polizei bewachen.

In seinem Arbeitszimmer im Stirling-House, dem ehemaligen hannoverschen Generalkommando, sitzt der Minister in einem dunklen, nicht mehr neuen Mantel am Schreibtisch und fordert die Journalisten mit einer ungezwungenen Handbewegung auf, neben dem Zivilgouverneur Platz zu nehmen. Der mittelkleine Minister, der sich vom Eisenbahngewerkschaft-

ler schnell hochgearbeitet hat, macht einen zurückhaltenden, keinesfalls jedoch einen schüchternen Eindruck. Er versteht Deutsch ziemlich gut, antwortet aber auf englisch, und die zarte Dolmetscherin hat Mühe, alles zu übersetzen.

Der Chefreporter der „Hannoverschen Presse" (Schumachers Zeitung) A. A. Zell eröffnet die Fragen. Ob die Amerikaner den Sozialisierungsplänen der Engländer Schwierigkeiten bereiteten? Hynd. verneint energisch.*)

Ebenso entschieden entgegnet er, als er nach einigen Umwegen eine Frage verstanden hat, die auf die Gefahr einer Rekapitalisierung der enteigneten Industriezweige durch kapitalistisch eingestellte Treuhänder Bezug hat. Die Frage, ob auch in der britischen Zone eine Amnestie für Mitläufer geplant sei, beantwortet Hynd mit einem einfachen „Nein".

Der neue Chefredakteur der kommunistischen „Hannoverschen Volksstimme" Werner Stertzenbach wünscht zu erfahren, welche Maßnahmen vorgesehen sind, um die nazistischen Saboteure in der Wirtschaft auszuschalten, die auch an der Brennstoffkrise mitschuldig wären. Hynd entgegnet, die Kohlenindustrie sei mit Hilfe der Gewerkschaften entnazifiziert worden. Er fordert Namen und Beweise. Stertzenbach weiß keine zu nennen, und Hynd winkt ein wenig ärgerlich ab. „Die Krise war in erster Linie eine Transportkrise", sagt Mr. Hynd.

Der Minister stellt kategorisch in Abrede, daß er gesagt habe, die britische Zone müsse ein Holzausfuhrland werden. Er habe gesagt, die britische Zone, die nie ein Holzausfuhrland gewesen sei, sei nun ein Holzausfuhrland geworden.

Dann wird ein Thema berührt, unter dem Mr. Hynd seitens seiner Labour-Freunde im Unterhaus schon viel zu leiden hatte: Beschlagnahme deutschen Wohnraums. Für die Maßnahmen in diesem Sektor ist John Hynd, im Gegensatz zu vielen anderen Maßnahmen, die der Mitverantwortung des Außenamts unterliegen, voll verantwortlich.

Rudolf Augstein vom „Spiegel" fragt Hynd, ob er die Evakuierungen im Regierungsbezirk Arnsberg für unumgänglich notwendig und für mit dem Völkerrecht vereinbar halte. Der Minister entgegnet nach kurzem Ueberlegen, er kenne die Einzelheiten nicht, und er werde die Angelegenheit mit seinen Dienststellen besprechen.

Hier schaltet sich Zell noch einmal ein — die Hannoveraner kennen ihn unter „azel" — und fragt, ob ein Termin vorgesehen sei, an dem das Damoklesschwert der Beschlagnahme-Unsicherheit von den Deutschen genommen werde. Hynd antwortet.

„Ich bewundere Ihre Geschicklichkeit, Fragen auszuweichen", sagt Zell, was Hynd mit Gleichmut entgegennimmt.

Inzwischen sind die Gerüchte, nach denen Hynd zurücktreten oder einen ständigen Vertreter in Deutschland erhalten soll, langsam im Verstummen. Seinerzeit waren der britische Hauptankläger in Nürnberg, Sir Hartley Shawcross, und Richard Stokes genannt worden, der Hynd im Unterhaus ausdauernd und gründlichst mit Anfragen bedacht hat. Beide bezeigten keinerlei Lust, sich an der Verwaltung der britischen Zone zu beteiligen.

Doch beschäftigte sich das Kabinett neuerdings mit dem Plan, die politische Verantwortung für die Zone noch den schwerbelasteten Schultern des englischen Außenministers Ernest Bevin aufzubürden. Er ist Kabinettsmitglied und hätte genug Autorität, um nötigenfalls Sofortmaßnahmen zu ergreifen, und er könnte als Außenminister die außenpolitische Tragweite deutscher Probleme besser übersehen.

Unter seiner Oberaufsicht soll dann ein zweiter Beauftragter für ausländische Angelegenheiten mit dem Sitz in Deutschland arbeiten. John Hynd oder sonst ein Mann, der den Mut hätte, mit einem reparationierten Trümmerhaufen fertig zu werden.



Claus Leo Brawandt: „Are you going to Moscow?" — **John Hynd:** „I don't know." Der Dolmetscher war überflüssig

*) Einige Tage früher hatte der Militärgouverneur der Zone, Sir Sholto Douglas, dem „Daily-Mail"-Reporter Brian Connell hinsichtlich der Ernennung deutscher Treuhänder erklärt: „Wir halten die amerikanischen Behörden ständig auf dem laufenden, und wir wissen, daß sie mit unseren Vorschlägen nicht einverstanden waren."

Mit Speck fängt man Kumpels

Stachanow an der Ruhr

Militärregierung und deutsche Stellen sind sich einmal völlig einig. Der Bergbau sucht weitere 100 000 Arbeitskräfte, und beide Stellen tun ihr Bestes, um dieses Hunderttausend-Kumpel-Heer in die Kohlenschlacht zu führen.

Schnaps, Zigaretten, Schokolade, Tee, Bohnenkaffee, Stoffe und Textilien können sich die Bergleute in Zukunft zusätzlich kaufen. Das von dem Leiter der Arbeitsgruppe Kohle, Prof. Dr. Erik Nölting, angekündigte Bergarbeiter-Punktsystem gilt ab 16. Januar. Die Bergbaugewerkschaften hatten zwei Tage lang in Essen auf einer Funktionärkonferenz über das Punktsystem, das amerikanische Journalisten als deutsches Stachanow-System bezeichnen, beraten und die Annahme unterzeichnet.

Es soll die Bergarbeiter in die Lage versetzen, sich Lebens- und Genußmittel, Textilien und Gebrauchsgüter auf normalem Wege zu kaufen, um so ihre Leistungsfähigkeit zu steigern, und dient gleichzeitig als Anreiz zu einer Leistungssteigerung. Ein Hauer erhält beispielsweise bei Erreichen des Durchschnittslohnes 101 Punkte und kann durch Mehrförderung bis auf 150 Punkte kommen.

Fehlt der Bergmann ohne Krankmeldung eine Schicht, verliert er sechs, fehlt er eine zweite, zwölf Punkte. Bei drei unentschuldigten Fehlschichten verliert er die ganze Punktkarte.

Im Laufe des Monats Februar, sobald die Ergebnisse pro Mann und Schicht errechnet sind, wird jedem Bergarbeiter eine Punktkarte ausgehändigt. Die Kumpel sind etwas mißtrauisch über solchen Punktsegen.

Der Bergbau-Gewerkschaftsführer Hans Boeckler hält sehr viel von dem Punktsystem. Es biete die Möglichkeit, eine Mehrförderung zu erreichen, und diene gleichzeitig der Gesunderhaltung der Bergarbeiter.

Boeckler sprach sich auf der Essener Tagung gegen die Zwangsverpflichtung für den Bergbau aus. „Besonders junge Menschen", sagte er, „soll man nicht zu dieser Arbeit zwingen. Ich weiß aus eigener Erfahrung, daß dies kein gutes Ende nimmt." Auch Hamburgs Bürgermeister Max Brauer wandte sich in seiner Rede zur Kohlenkrise gegen den Arbeitszwang für die Kohlengruben. Dagegen meldete Reuter am 10. Januar aus Paris, daß der Weltgewerkschaftsbund die Zwangsverpflichtung für den Ruhrbergbau befürwortet.

Diese Meldung ruft Erinnerungen wach: Jahr 1945-46, die britische „Manpower Division" ermächtigte die deutschen Arbeitsämter zur Zwangsrekrutierung von Bergleuten. Verhältnisse wie im Dritten Reich rissen ein. Menschen wurden in Züge verladen und nach den Kohlengruben verschoben.

Die dort blieben, arbeiteten unwillig. Die meisten aber suchten so schnell wie möglich das Weite, weil sie weder unter Zwang, noch unter schlechten Bedingungen arbeiten und in improvisierten Unterkünften leben wollten. Die Aufgegriffenen wurden von Militärgerichten zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Als die Fehler eingesehen und nach Möglichkeit abgestellt wurden, war es für diesen Winter bereits zu spät. Auch eine Verbesserung der Lebensmittelrationen auf 4000 Tageskalorien, Lohnerhöhung um 20 Prozent und Erhöhung der Knappschaftsrente auf 80 Prozent des früheren Standes schafften keine Besserung. Der dringend benötigte Nachwuchs kam nicht. Das Durchschnittsalter des Bergmanns beträgt heute 43 Jahre.